

Verdämmt in alle Ewigkeit

Immobilien Die Regierung treibt Vermieter und Hausbesitzer an. Mit luftdicht verpackten Gebäuden soll die Energiewende gelingen. Doch Studien zeigen: Wärmedämmung ist oft unwirtschaftlich und umweltschädlich.

Wenn Stefan Reischle, 57, aus München-Oberföhring nach Hause kommt, muss er das Licht einschalten, leider auch bei Tage. Seit die Fassaden der Wohnanlage mit einer 18 Zentimeter dicken Dämmschicht aufgepolstert wurden, fällt nur noch wenig Sonnenlicht durchs Fenster. „Das ist der Schießscharteneffekt“, sagt Reischle. Vor dem Umbau sei seine Eigentumswohnung viel heller gewesen.

Nach Ansicht der Bundesregierung hat Reischle trotzdem alles richtig gemacht. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD treibt Immobilienbesitzer und Vermieter an, zum Gelingen der Energiewende beizutragen. Dämmen lohne sich, sagt Bundeskanzlerin Angela Merkel, es handle sich um eine „Investition in die Zukunft“. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel schwärmt von großen Einsparmöglichkeiten bei den Heizkosten, er spreche aus eigener Erfahrung. Umwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks hat eine Werbekampagne „Die Hauswende“ gestartet, das Motto lautet: „Wer sein Haus liebt, schiebt eine energetische Sanierung nicht auf.“

An diesem Mittwoch will das Kabinett ein „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ beschließen. Die staatlichen Fördermittel für Wärmedämmung werden demnach aufgestockt, die steuerlichen Anreize vergrößert, und der Druck auf Dämm-Muffel wird erhöht.

Schon heute muss bei jeder Fassadenarbeit, die mehr als zehn Prozent der Fläche betrifft, gleich die ganze Wand mit Dämmplatten beklebt werden, andernfalls drohen bis zu 50 000 Euro Strafe. Bis zum Jahr 2050 soll der gesamte Immobilienbestand zumindest einmal gründlich durchsaniert werden, das wären etwa 375 000 Gebäude pro Jahr. Die staatliche KfW Bankengruppe hat ausrechnen lassen, dass insgesamt fast 840 Milliarden Euro investiert werden müssten, um die Ziele der Bundesregierung zu erfüllen.

Doch lohnt sich Dämmen wirklich? Viele Bauherren, Mieter, Bauplaner, Architekten, Energieberater, Denkmalschüt-

zer, Feuerwehrleute und Ökonomen zeichnen ein anderes Bild als die Regierung. In der Realität stellt sich heraus, dass der Schießscharteneffekt bei gedämmten Fassaden noch das geringste Problem ist.

Bei zahlreichen Bauprojekten stehen Aufwand und Ertrag in einem schlechten Verhältnis. Studien belegen, wie sich Bauherren systematisch verschätzen, wenn sie auf die Angaben der Dämmstoffhersteller vertrauen. Die Kosten der Wärmedämmung sind oft höher, die Energieeinsparungen hingegen niedriger als erwartet. Hunderttausende Haushalte sind von diesen Fehlkalkulationen bereits betroffen. Eigenheimbesitzer müssen bei der Finanzierung nachschießen. Mieter werden für teure Energiesparmaßnahmen zur Kasse gebeten, die sich bei der Heizkostenbilanz kaum bemerkbar machen.

Zudem tauchen Probleme auf, mit denen die Bürger so nicht gerechnet haben. Die luftigen Platten aus Styropor sind dem Alltag oft nicht gewachsen. Vögel hacken Löcher in Fassaden, Nagetiere nisten sich in Hauswänden ein. Abfallexperten fragen sich, wie das ganze Styropor eigentlich entsorgt werden soll, wenn eine Fassadendämmung nach 20 oder 25 Jahren erneuert werden muss? Womöglich als Sondermüll? Arbeitsmediziner sehen die Gesundheit von Bauarbeitern gefährdet, sollten diese ohne Mundschutz mit den Platten hantieren. Architekten gruseln sich, wenn historische wertvolle Fassaden unter matratzendicken Normplatten verschwinden.

Fast eine Milliarde Quadratmeter Wärmedämmplatten kleben hierzulande bereits an Hauswänden, drei Viertel davon aus Styropor, das entspricht etwa der Fläche Hamburgs. In den meisten Platten steckt das giftige Brandschutzmittel HBCD, dessen Einsatz für Dämmzwecke nur noch bis August 2015 erlaubt ist.

Und nun steht die Frage im Raum, ob das Material zur Gefahr für Leib und Leben werden kann. Wenn in der Vergangenheit mal wieder eine Dämmfassade in Flammen aufging, wiegelte die Branche ab: Die Styroporplatten seien definitions-



FOTOS: LAURENT CERRINO/REA / LAIF (O.L.); JENS WOLFF / PICTURE-ALLIANCE / DPA (O.R.); GOVEN PURTUL (U.L.); INGO WAGNER / PICTURE-ALLIANCE / DPA (U.R.)

gemäß „schwer entflammbar“, es bestehe kein Grund zur Sorge. Doch eine noch unveröffentlichte Analyse der Bauminister aus den Bundesländern hat ergeben, dass schon eine in Brand gesetzte Mülltonne eine Gefahr für die Hausbewohner darstellen kann.

Nun halten die meisten Bundesbürger den Klimaschutz zu Recht für wichtig und die Energiewende deshalb für ein sinnvolles Projekt. Die Deutschen wissen um die Gefahren der Erderwärmung. Sie haben, jedenfalls mehrheitlich, auch nichts dagegen, dass Deutschland eine Vorreiterrolle übernimmt, wenn es ums Energiesparen geht. Viele von ihnen haben bereits vor Jahren das Dach abgedichtet, doppelverglaste Fenster eingebaut oder eine neue Heizung angeschafft, weil sich mit diesen Maßnahmen, anders als häufig bei der Fassadendämmung, tatsächlich viel Geld sparen lässt.

Jetzt aber beschleicht die Bürger das Gefühl, sie würden hinters Licht geführt. Sie misstrauen den aufwendigen Werbekampagnen der Regierung und den Versprechungen der Industrie, zumal einige Politiker ein erstaunlich enges Verhältnis zu den Dämmstoffherstellern pflegen. In Internetforen tauschen Hausbesitzer Horrorgeschichten über kaputtsanierte Häuser aus, in denen der Schimmel blüht. Mieter protestieren gegen die Verschandelung ihres Viertels. Erstmals seit Jahren ist der Absatz von Dämmplatten in Deutschland leicht zurückgegangen.

Dass die Regierung den Hausbesitzern verstärkt Druck macht, empfinden viele nicht nur als staatlichen Übereifer. Der verordnete Dämmwahn gefährdet auch die Bereitschaft der Bürger, beim Klimaschutz mitzumachen.

Das ist wahrscheinlich die größte Gefahr der neuen deutschen Plattenkultur: Sie bedroht die Akzeptanz der Energiewende, anstatt sie zu befördern.

Die Rechnung geht nicht auf

Stefan Reischle aus München-Oberföhring hat für die Dämmplatten, die seine Eigentumswohnung verschatten, einen hohen Preis bezahlt. Insgesamt 3,2 Millionen Euro kostete der Umbau der Wohnanlage mit insgesamt 220 Parteien. Eine Million Euro entfielen auf die Fassade. In der Eigentümerversammlung war die Rede davon, die Investition werde sich rasch bezahlt machen.

Darauf warten die Betroffenen bis heute vergebens. Vor dem Umbau im Jahr 2010 zahlte Reischle etwa hundert Euro im Monat für Heizung und Warmwasser. Dabei ist es geblieben, trotz der vergleichsweise milden Winter, die den Energiebedarf tendenziell verringert haben. „Die Wärmedämmung hat auf die Heizkosten in der Wohnanlage keinen messbaren Effekt ge-

habt“, sagt Reischle – weshalb die Eigentümergemeinschaft den Verantwortlichen wegen seiner Fehlkalkulation auf Schadensersatz verklagt hat.

Der Verein Haus & Grund, eine Lobbyvereinigung der Immobilienbesitzer mit 900 000 Mitgliedern, hat in den vergangenen Jahren viele Sanierungsprojekte im Detail untersucht. Anders als die Werbekampagnen der Regierung behaupten, lohnt sich eine Dämmung demnach nur, wenn es sich um ein unsaniertes Haus aus den frühen Nachkriegsjahren handelt. Doch solche Immobilien gibt es in Deutschland kaum noch. „Die Qualität unserer Häuser ist weitaus besser, als es die Regierung in ihren Berechnungen unterstellt“, sagt Hauptgeschäftsführer Kai Warnecke.

Typischerweise könnten Eigenheimbesitzer damit rechnen, durch eine gedämmte Fassade maximal 30 Prozent des Energieverbrauchs einzusparen (siehe Grafik Seite 69). Doch dann lohnt sich die Sache finanziell nicht.

Im Musterbeispiel des Immobilienverbands macht sich die Fassadendämmung – ohne Berücksichtigung eines möglichen Anstiegs bei den Brennstoffkosten sowie ohne Kapitalkosten – erst nach über 50 Jahren bezahlt. Doch dass eine Fassade überhaupt so lange hält, würden nicht einmal die Dämmstoffhersteller behaupten.

Doch woran liegt es, dass die Regierung verspricht, Dämmen werde sich lohnen, während es in der Realität häufig anders ist? Harald Simons, Professor an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, vertritt die Ansicht, dass sich die Dämmindustrie diverser – legaler – Tricks bedient, um den Nutzen einer Fassadendämmung möglichst großzurechnen. So werde nach einer DIN-Verordnung statt des tatsächlichen Energieverbrauchs ein – theoretischer – „Energiebedarf“ angesetzt. Den Bewohnern eines Hauses wird dabei unterstellt, jeden Quadratmeter Wohnfläche bei Tag und Nacht konstant auf Wohlfühltemperatur zu halten: eine realitätsferne Annahme.

„Die Eigenheimbesitzer sind viel klüger, als die Regierung glaubt“, sagt Simons. „Sie wissen genau, dass es ihnen keinen Vorteil bringt, Heizkosten einzusparen, die sie in Wahrheit nie hatten.“

Die von der Regierung gestützten Prognosen gehen außerdem von einem Anstieg der Brennstoffkosten von bis zu fünf Prozent pro Jahr aus – tatsächlich aber sind die Preise für Öl und Gas in der jüngsten Zeit stark zurückgegangen. Möglich, dass sich diese Entwicklung wieder umkehrt. Doch solange die Energiepreise global so niedrig sind wie im Augenblick, geht die Rechnung nicht auf.

Und schließlich zeigt sich in der Realität, dass sich die Bewohner anders verhalten,

Dämmen lohnt sich

Verflechtungen von Politik und Industrie bei der energetischen Gebäudesanierung

Aufsichtsratsvorsitzende

DÄRMER / DAVIDS



Iris Gleicke, SPD
Parl. Staatssekretärin im BMWi

POLITIK

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Umweltministerium

Bauausschuss des Bundestags

Energie- und Klimafonds der Bundesregierung

Wirtschaftsausschuss des Bundestags

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglied

Berichterstatter

Mitglied

Beauftragter für Energiepolitik

als es die Planer vorschreiben. Sie lüften, wenn sie die Fenster geschlossen halten sollen. Und manchmal vergessen sie einfach, die Heizung abzudrehen.

Der grüne Energieexperte Oliver Krischer, ein ausgewiesener Befürworter der Energiewende, teilt deshalb inzwischen die Skepsis vieler Bauherren: Die Fassadendämmung sei „nicht immer der sinnvollste Weg der Energieeinsparung“.

Die Mieterfalle

Um die eigenen vier Wände zu verschönern, war Christoph Baumgarten kein Aufwand zu groß. Die Dielen seiner Berliner Altbauwohnung hat er eigenhändig abge-

ORGANISATIONEN

dena
Deutsche Energie-Agentur

Gegründet im Jahr 2000 auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung

Gesellschafter:
Bundesrepublik Deutschland (50 %), KfW Bankengruppe (26 %) Allianz SE (8 %), Deutsche Bank AG (8 %), DZ Bank AG (8 %)

Vors. d. Geschäftsführung

BLEICKER / CARO



Stephan Kohler
Sprecher der Geea

dena von der Dena ins Leben gerufen

geea
Die Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz

Kampagne, von der Geea ins Leben gerufen

Mitglieder
Branchenübergreifender Zusammenschluss von Unternehmen und Verbänden aus Industrie und Handwerk

Förderung

Förderung

NILS BRAHNSEN / DIV



Volkmar Vogel, CDU

gefördert von der Dena

DIE HAUSWENDE
beraten. gefördert. saniert.

Kampagnenpartner
Zusammenschluss von Unternehmen und Verbänden aus dem Bereich Energieeffizienz im Gebäudesektor

METODI POPOW / IMAGO



Johannes Kahrs, SPD

Beiräte

dena
Dena ist fachlich unterstützender Partner

Qualitätsgedämmt e.V.

Kampagne des Vereins

ULLSTEIN BILD



Thomas Bareiß, CDU

dena
Dena ist Kooperationspartner

dämmen-lohnt-sich.de

DER SPIEGEL

WIRTSCHAFT

WOLF
Energiesparen und Klimaschutz seriennützlich

VORWEG GEHEN

ROCKWOOL **REUF** **overtrop**

ESYLUX **wilo** **PLUGGIT**
Die Wohnraumlüftung.

Vaillant **wüstenrot** **sto**

SPIE **Schneider Electric** **e-on**

glaströsch

sowie Wirtschaftsverbände und verschiedene Institute und Vereine

WOLF
Energiesparen und Klimaschutz seriennützlich

wilo **VOGEL&NOOT**

JUNKERS **MITSUBISHI ELECTRIC**

ROCKWOOL
(Dämmstoffe)

BOSCH **-weishaupt-** **VIESMANN**

sto **Hoval** **ROTEX**

BRÖTJE HEIZUNG **STIEBEL ELTRON**

Vaillant **Buderus** **wüstenrot**

oventrop **MHG**
MHG Heiztechnik

sowie Wirtschaftsverbände und weitere Institute

schliffen. Den Quarzsandputz in der Küche hat er gemeinsam mit einem befreundeten Künstler aus Köln aufgetragen.

Zusammen mit seinem zwölfjährigen Sohn würde der Elektronikhändler gern weiter in seinem 80-Quadratmeter-Domizil im Berliner Stadtteil Pankow wohnen; doch es sieht nicht so aus, als könnte er sich die Bleibe noch lange leisten.

Sein Vermieter, die Berliner Wohnungsgesellschaft Gewobag, will eine Zentralheizung sowie neue Armaturen, Fenster und Elektroleitungen einbauen. Vor allem aber will das Unternehmen die gesamte Hausfassade mit 14 Zentimeter dicken Hartschaumplatten bekleben, um eine

„nachhaltige Einsparung von Energie zu bewirken“, wie es in der Modernisierungsankündigung heißt.

Baumgarten jedoch kann keine Ersparnis erkennen. Im Gegenteil: Wenn die Sanierung in einigen Monaten abgeschlossen ist, soll seine Warmmiete von derzeit 435 auf gut 734 Euro steigen. Ein Aufschlag von knapp 70 Prozent – und für Baumgarten ein klares Signal: „Die Gewobag“, sagt er, „will uns hier raushaben.“

Baumgarten ist nicht der Einzige, der mit der deutschen Dämmförderung hadert. Überall in der Republik klagen Betroffene über die unerwünschten Folgen des staatlichen Styropor-Zwangs. Unterneh-

mensfunktionäre sprechen von Investitionsstau, Mietervertreter von der „systematischen Vernichtung bezahlbaren Wohnraums“.

Dabei hatten es Deutschlands Energiepolitiker doch so gut gemeint, als sie Anfang des Jahrtausends das Dämmen zur nationalen Aufgabe erklärten. Damit möglichst viele Hauseigentümer mitmachen, so entschieden sie, dürfen die gesamten Modernisierungskosten für neue Doppelfenster oder Plattenfassaden innerhalb von zehn Jahren auf die Miete aufgeschlagen werden. Im Gegenzug sinken die Heizkosten für die Bewohner, so lautete die Rechnung, sodass am Ende alle



Sanierungsoffer Baumgarten: „Die wollen uns hier raushaben“

profitieren: Eigentümer, Mieter und das Klima.

So war es gedacht, aber so funktioniert es nicht. In der Praxis führt vor allem die teure Dämmung der Wände dazu, dass die Modernisierungskosten die späteren Einsparungen häufig um den Faktor drei bis vier übersteigen, wie der Deutsche Mieterbund ermittelt hat.

In ländlichen Regionen, wo viele Wohnungen leer stehen, schieben die Besitzer nun selbst sinnvolle Modernisierungen auf, weil sie für ihre teuren Energiesparheime keine Mieter finden. In Großstädten wie Berlin dagegen, in denen Wohnraum knapp ist, können die Maßnahmen vielen Eigentümern gar nicht aufwendig genug sein. Je dicker die Dämmung, desto stärker können die Mieten steigen – und desto größer die Chance, ungeliebte Bewohner aus ärmeren Schichten durch zahlungskräftigere Kundschaft zu ersetzen. Von „energetischer Segregation“ sprechen die Experten.

Welche großen sozialen Probleme damit verbunden sind, zeigt sich in Dortmund, wo derzeit der Wohnungsriese Deutsche Annington zahlreiche Mietobjekte energetisch aufrüstet. Vor den Maßnahmen, so geht aus einer Analyse des örtlichen Mietervereins hervor, kostete der Quadratmeter die Bewohner oft nur zwischen vier und fünf Euro. Nachdem die Fassadenplatten montiert waren, lagen die Mieten dagegen um fast zwei Euro höher – und waren so für Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener oder Kleinrentner unerschwinglich geworden.

Gedacht war die Dämmplatte mal als Waffe gegen den Klimawandel, in der Realität aber ist sie zu einem Instrument der sogenannten Gentrifizierung geworden, wie aus einer Studie für die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung hervorgeht. Die energetische Modernisierung, heißt es darin, belaste vor allem „Haushalte im unteren Einkommensbereich“ und trage dazu

bei, „Wohnungen leerzuziehen und anschließend teurer zu vermieten“.

So könnte es auch im Fall von Christoph Baumgarten ausgehen, denn Vorschrift ist Vorschrift. Als kommunales Unternehmen halte man sich „an geltende Gesetze“, lässt der Vermieter Gewobag wissen: „Bei Instandsetzungen und Modernisierungen ist die Energieeinsparverordnung zwingend einzuhalten.“

Haus in Flammen

Die Jugendlichen aus der Gagfah-Siedlung in Delmenhorst dachten an einen Streich, als sie im Juni 2011 mehrere Müllcontainer ansteckten. Doch die Sache geriet außer Kontrolle. Mit hoher Geschwindigkeit griffen die Flammen auf die benachbarten Häuser über, das Feuer wurde zum Großbrand. Fünf Mehrfamilienhäuser standen in Flammen, rund 50 Wohnungen wurden teils schwer beschädigt, 170 Feuerwehrleute waren im Einsatz.

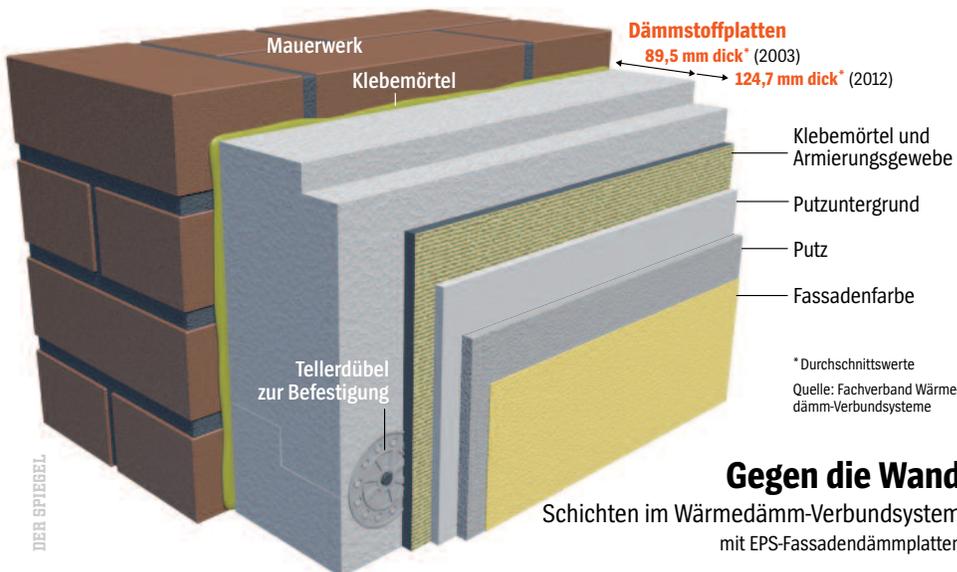
Die Frage, wieso sich das Feuer so schnell durch mehrere Hausfassaden fresen konnte, beschäftigt seither Brandschutzexperten, Baufachleute und auch die Politik. War etwa die in Delmenhorst großzügig aufgebraachte Dämmung aus Polystyrol, besser bekannt unter dem Markennamen Styropor, für die Ausbreitung des Feuers verantwortlich?

Offiziell gilt das Dämmmaterial, dem Zusatz chemischer Brandschutzmittel sei Dank, als „schwer entflammbar“. Doch seit es in den vergangenen Jahren in mindestens 60 Fällen zu teils schweren Bränden an gedämmten Fassaden kam, sind viele Experten skeptisch geworden.

Frankfurts Feuerwehrchef Reinhard Ries forderte nach einem Großbrand, „dass dieser Dämmstoff sofort überprüft werden muss“. Und so gab die Bauministerkonferenz der Bundesländer eine Untersuchung in Auftrag, um herauszufinden, „ob bestimmte Außenbrandszenarien, wie ein in Brand geratener Müllmischcontainer aus Kunststoff, zusätzliche Maßnahmen erfordern“, wie es in der Beschreibung hieß.

Das Ergebnis dieser Untersuchung lag bei der jüngsten Bauministerkonferenz vor zwei Wochen in Chemnitz nun vor – und es trägt nicht zur Entwarnung bei. Der bislang unveröffentlichte „Abschlussbericht zum Brandverhalten von Wärmedämmverbundsystemen mit Polystyrol-Dämmstoffen“ beschreibt detailliert, wie der erste Brandversuch stattfand. An einer 60 Quadratmeter großen Fassade mit Polystyrolplatten entzündeten die Experten Feuer an einer Holzkrippe. Wenig später loderte die Wand.

„15 Minuten nach Entzünden der Brandquelle“, heißt es im Abschlussbericht, „hatte sich der Brand zum Vollbrand entwickelt und über die gesamte Wandfläche – verbunden mit massiver Flammen- und





Qualitative Aspekte

Wie sicher ist sicher?

Halten Dämmsysteme tatsächlich, was sie versprechen? Oder sind sie vielmehr mit Vorsicht zu genießen, weil sie angeblich die Brandgefahr erhöhen und Häuser ersticken? Einige Mythen halten sich hartnäckig. Sind aber völlig unbegründet.



Umwelt-Zukunftsaspekte

Ist das o. k. für die Umwelt?

Eine Fassadendämmung ist ein sinnvoller Beitrag zum Schutz unserer Umwelt. Doch Fragen zur Entsorgung ausgedienter Dämmsysteme sowie Unklarheiten über den tatsächlichen energetischen Nutzen haben für Zweifel gesorgt. Grund genug, einmal genauer hinzusehen.

Ausschnitte aus Kampagnen-Website „Dämmen lohnt sich“, Hausbrand in Hamburg, Dämmabfall auf Mülldeponie: Clips zur besten Sendezeit

Rauchentwicklung – ausgebreitet.“ Das Wärmedämmverbundsystem „einschließlich der Brandschutzmaßnahmen hat bei diesem 1. Versuch versagt“, so der Bericht weiter. Die Fachleute lieferten dafür auch eine Erklärung: Verantwortlich für das rasante Brandgeschehen sei offenbar, „dass durch die Hitze geschmolzenes und ablaufendes Polystyrol sich an der Brandquelle im Sockelbereich entzünden kann, die Brandlast also während des Brandverlaufs zunächst noch zunimmt“.

Die Expertise bestätigt im Wesentlichen, was Kritiker wie der Frankfurter Feuerwehrchef Ries schon vermutet hatten: Fassadenplatten aus Styropor sind gefährlicher, als die Industrie in ihren Wärmedämmkampagnen behauptet. Zwar gebe es keinen Grund, bereits bestehende Gebäude nachzurüsten. Aber es „wird ein Merkblatt entwickelt, das Maßnahmen im Falle von nah am Gebäude vorhandenen größeren Brandlasten aufzeigen soll“, so der Bericht. Konkret geht es zum Beispiel darum, dass Mülltonnen künftig nicht mehr in direkter Nähe zur Hausfassade aufgestellt werden sollten.

Für Neubauten hingegen schlagen die Gutachter sogar eine Verschärfung der Brandschutzvorschriften vor. Laut Abschlussbericht können sogenannte Brand-

riegel verhindern, dass sich ein Feuer ausbreitet.

Aber reicht das aus? Skeptiker warnen, dass die Sicherheitsmaßnahmen nur funktionieren, wenn sich die Wärmedämmschicht in einem tadellosen Zustand befindet, also zum Beispiel keine Löcher aufweist. Doch diese Besorgnis schaffte es nicht in den Abschlussbericht.

Vielleicht wollten die Minister die Bewohner von Häusern, an denen bereits der Putz von der Dämmplatte bröckelt, nicht nervös machen.

Wohin mit dem Müll?

Das Gift, das Wissenschaftler aus der ganzen Welt Alarm schlagen lässt, trägt den Namen Hexabromocyclododecan. Dabei ist HBCD, so die Kurzform, eigentlich eine Wunderwaffe der Chemie. Billig und sehr langlebig; ein Stoff, der verhindert, dass Dinge in Flammen aufgehen, bei denen das auf keinen Fall passieren darf: Theatervorhänge, Autositze, Fernseher.

Perfekt also, um auch leicht entzündliche Styropor-Dämmung sicherer zu machen. Seit etwa 30 Jahren versetzt die Dämmindustrie ihre Produkte deshalb mit HBCD; mittlerweile stecken mehrere Tausend Tonnen in deutschen Fassaden.

Nachteil des nützlichen Helfers: Er gilt als hochgradig toxisch. Die Liste seiner möglichen Wirkungen liest sich schauerlich: kann Säuglinge über die Muttermilch schädigen; kann vermutlich die Fruchtbarkeit beeinträchtigen; sehr giftig für Wasserorganismen. Weil die Chemikalie so beständig ist, haben Forscher Partikel sogar in der Arktis gefunden.

Der Dortmunder Architekt und Professor für Bauökonomie Bert Bielefeld fühlt sich an die Wirtschaftswunderjahre erinnert. „Auch damals war man begeistert von Baustoffen mit tollen Eigenschaften wie Asbest oder PCB. Über die langfristige Wirkung hat man nicht nachgedacht“, sagt er. Bielefeld ist ein scharfer Kritiker des luftdichten Häuserverpackens mit billigem Polystyrol: „Die ökologischen Auswirkungen dieser Materialien sind heute noch gar nicht abschätzbar.“

Industrie und Lobbyverbände spielen die Gefahr herunter. „HBCD-haltige Dämmstoffe sind für Mensch und Umwelt unbedenklich“, heißt es etwa beim Chemiekonzern BASF, einem der großen Hersteller von Dämmmaterial. Der Stoff sei fest mit dem Styropor verbunden und kaum wasserlöslich.

Die Papiere der EU-Chemikalienbehörde und des Umweltprogramms der Verei-

FOTOS: EIK ZIMMERMANN (L.); GÜVEN PURTUL (R.)

ten Nationen lesen sich anders. Bei der Produktion, dem Einbau und dem Abriss von Styroporplatten werde HBCD freigesetzt – aber auch, während die Dämmung an der Fassade klebt. Mehr als eine Tonne des Gifts gelangt auf diese Weise jährlich in die Umwelt, allein in der EU. Mehrere Studien haben Spuren des Stoffes in Gebäuden nachgewiesen, in der Luft und im Hausstaub. Ebenso in menschlichem Blut und in der Muttermilch.

Das wichtigste Anti-Gift-Abkommen der Welt, die Stockholm-Konvention der Vereinten Nationen, hat HBCD auf die Liste der verbotenen Chemikalien gesetzt. Ab August 2015 darf es in der EU nicht mehr zum Einsatz kommen, fast vier Jahre nachdem es als besorgniserregend eingestuft wurde. Eigentlich genug Zeit für die Industrie, sich umzustellen. Tatsächlich hat der amerikanische Chemiekonzern Dow Chemical inzwischen ein neues, offenbar ungefährliches Flammenschutzmittel entwickelt. Die meisten deutschen Dämmplatten-Unternehmen wollen ihre Produkte noch bis Jahresende darauf umstellen.

Doch acht Hersteller, die nach eigenen Angaben die Hälfte des europäischen Marktes beherrschen, wehren sich. Sie wollen erwirken, dass der Einsatz von HBCD in Dämmplatten bis mindestens 2019 erlaubt bleibt. In ihrem Antrag geben sie sich pragmatisch: „Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer verweigerten Zulassung würden schwerer wiegen als die Vorteile für die Umwelt“, schreiben sie. Um die Klimaschutzziele der EU zu erreichen, müsse der Nachschub an Styropordämmung gesichert sein. Im nächsten Jahr will die EU-Kommission über den Antrag entscheiden.

Zum Problem werden die giftigen Platten spätestens bei ihrer Entsorgung. „Es rollt eine riesige Sanierungswelle auf uns zu“, sagt Architekt Bielefeld. Wenn man die Dämmsysteme irgendwann aufwendig beseitigen müsse, werde das wohl nicht ohne erneute staatliche Subventionen gehen, prognostiziert er.

Die Interessenverbände der Dämmindustrie bestreiten dieses Szenario. Wie viel Dämmabfall schon jetzt jedes Jahr anfällt, wissen sie aber nicht genau. Eine Prognose des Industrieverbands Hartschaum geht von 10 000 Tonnen jährlich aus.

In Hamburg-Harburg lässt sich aktuell beobachten, wie kompliziert es ist, ausrangierte Dämmplatten zu beseitigen. 162 Wohnungen hat die Provinzial-Versicherung auf einer Halbinsel mitten im Hamburger Hafen errichten lassen. Eine Traumimmobilie mit rotbrauner Klinkerfassade, Wasserblick und eigenem Steg. Weil der beauftragte Baukonzern schlampig arbeitete, müssen Arbeiter die Dämmung nun wieder abreißen.

500 Kubikmeter haben sie schon abgeschlagen, der Hamburger Entsorgungs-

unternehmer Henner Buhck hat den Müll abtransportiert. „Der Gesetzgeber verlangt, dass wir zukünftig 70 Prozent des Bauabfalls recyceln. Bei Dämmsystemen ist das aber nicht ohne Weiteres möglich, weil das Polystyrol von Klebstoff und Klinker kaum zu trennen ist“, sagt er. Und nur reines Styropor lässt sich wiederaufbereiten.

Buhcks Mitarbeiter haben den Dämmabfall deshalb in eine Müllverbrennungsanlage gefahren. Dort wurde das Styropor verfeuert; es brennt sehr gut, schließlich ist es aus Erdöl hergestellt.

Die Lobby

Wenn im Deutschen Bundestag über das Thema Wärmedämmung diskutiert wird, schlägt die Stunde des Abgeordneten Volkmar Vogel aus Kleinsaara in Thüringen. Der CDU-Politiker ist nicht nur Mitglied im Bauausschuss und in der Bundesstiftung Baukultur. Er sitzt seit 2013 auch in einem „Fachbeirat“ der Deutschen Rockwool Mineralwool GmbH & Co. OHG, eines führenden Unternehmens der Dämmstoffindustrie. Etwa 16 000 Euro bringt ihm diese Nebentätigkeit nach eigenen Angaben im Jahr ein. Allzu aufwendig ist der Job nicht. In diesem Jahr traf sich der Rockwool-Beirat bei zwei Sitzungen für jeweils drei bis fünf Stunden in Berlin. Der von Rockwool gezahlte Stundenlohn für Vogels Beiratstätigkeit dürfte damit im vierstelligen Bereich liegen.

Auch dank Rockwool weiß Vogel gut über die Bedürfnisse der Dämmstoffindustrie Bescheid. So trat der Abgeordnete am 13. November ans Rednerpult im Deutschen Bundestag, um eine „finanzielle Aufstockung“ des Gebäudesanierungsprogramms der Bundesregierung zu fordern, damit dieses „langfristig gut ausgestattet“ sei. Außerdem sprach er sich dafür aus, derartige Sanierungsmaßnahmen künftig von der Steuer absetzen zu dürfen, ein Vorschlag, der sich sicherlich positiv auf die Geschäfte der Dämmstoffhersteller auswirken würde.

Hat Vogels politisches Engagement für Wärmedämmung womöglich mit seiner Nebentätigkeit zu tun? Der Abgeordnete streitet das ab. Er versteht sich eher als



Ministerin Hendricks

Die eigene Fassade ausgespart

eine Art Kontaktmann: „Ich berichte Rockwool, was wir politisch in Berlin angehen, und lasse mich nicht von dem Unternehmen beeinflussen.“ Zumal Vogel nicht der einzige Bundestagsabgeordnete bei Rockwool ist. Auch sein Parteifreund Thomas Bareiß sowie Johannes Kahrs von der SPD sind Rockwool-Beiräte. Bareiß ist derbeauftragte für Energiepolitik in der CDU/CSU-Fraktion. Haushaltspolitiker Kahrs ist einer der Berichterstatter für den Energie- und Klimafonds, der wiederum Geld für das Gebäudesanierungsprogramm bereitstellt.

Der Dämmstoffindustrie ist es im Zuge der Energiewende leichtgefallen, enge

Hohe Kosten – später Nutzen

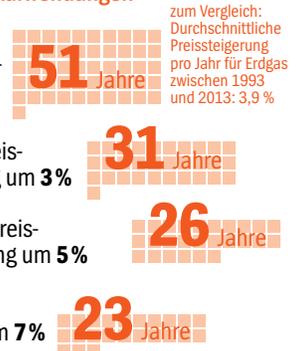
Beispielrechnung für eine Fassadendämmung
Zweigeschossiges Einfamilienhaus mit 160 m² Wohnfläche

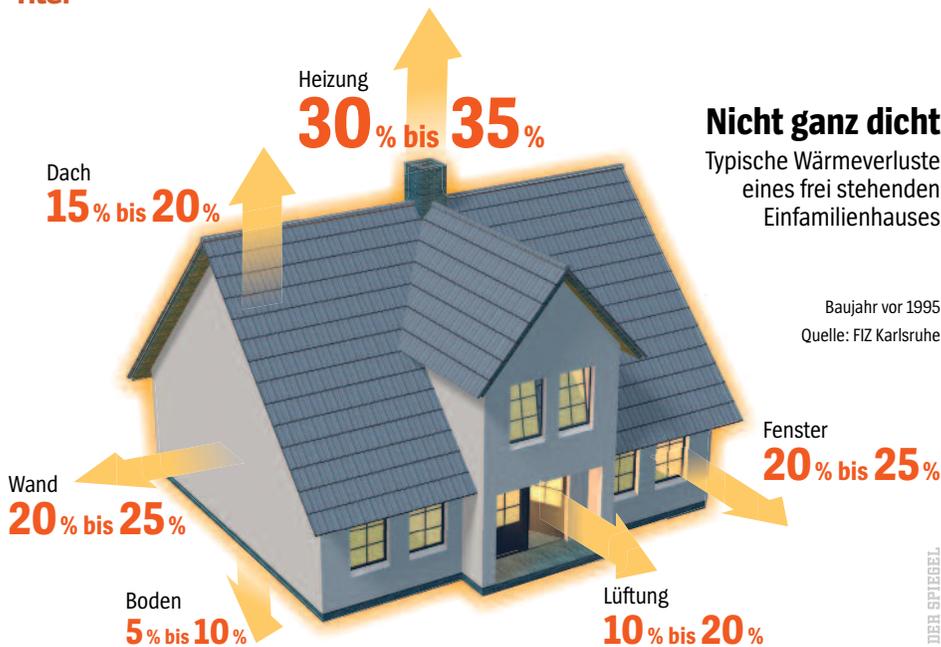
Heizkosten vor Dämm-Maßnahmen* ohne Warmwasser	1949 €/Jahr
Mehrkosten für Dämm-Maßnahmen bei einer Fassadensanierung	20160 €
Energiekosten-Einsparung	398 €/Jahr

* angenommener Gaspreis: Grundpreis 13,99 €/Monat und 5,18 ct./kWh bei einem Jahresverbrauch von 25600 kWh; Beispielrechnung: Haus & Grund

Amortisation der Aufwendungen für die Dämmung

ohne Energiepreissteigerung und Zinskosten





DER SPIEGEL

Kontakte zur Politik zu knüpfen. Klimaschutz ist ein Gewinnerthema. Hier verbindet sich grüne Rhetorik mit schwarzen Zahlen. Wenn es darum geht, die Bürger vom Segen der nahezu luftdicht verpackten Häuser zu überzeugen, machen Politik und Wirtschaft gemeinsame Sache, etwa bei der Kampagne „Dämmen lohnt sich“. Hier preist der frühere „Tagesthemen“-Moderator Ulrich Wickert in einem gefühligen Werbespot die Fassadendämmung an („Häuser sind wie ein Familienmitglied“). Der Clip lief monatelang zur besten Sendezeit im Fernsehen.

Hinter der Kampagne steht zum einen der Verein „Qualitätsgedämmt“, dessen Vorstand mit Vertretern aus der Dämmindustrie besetzt ist, und zum anderen, als sogenannter Kooperationspartner, die Deutsche Energie-Agentur (Dena). Diese gehört zu 76 Prozent dem Staat. Der Rest wird von Finanzinstituten wie der Deutschen Bank gehalten. Das Dena-Logo auf den Werbebroschüren der „Dämmen lohnt sich“-Kampagne wirkt wie ein staatliches Gütesiegel, das der Initiative Seriosität verleiht.

An der Unabhängigkeit der Dena freilich gibt es Zweifel. Sie finanziert sich auch aus Drittmitteln. Eine von der Dena veröffentlichte „Sanierungsstudie“ wurde vom Chemieriesen BASF unterstützt, der wiederum zu den großen Herstellern von Produkten für die Fassadendämmung zählt. Die Sanierungsstudie kam, wenig überraschend, denn auch zu dem Schluss, dass Dämmen finanziell vorteilhaft ist.

Dena-Chef Stephan Kohler hat eine Einflussnahme der Industrie auf die Dena stets bestritten. Zum Ende des Jahres wird er dennoch als Vorsitzender der Geschäftsführung ausscheiden. Kohler war zuletzt wegen seines üppigen Gehalts in die Kritik geraten. Laut Bundesrechnungshof hat der Manager in den vergangenen Jahren viel zu hohe Bezüge als Chef des halbstaat-

lichen Unternehmens kassiert. Allein das Bundeswirtschaftsministerium, das zu den Dena-Anteilseignern gehört, will von ihm und seinen Kollegen nun 200 000 Euro zurückfordern.

Auf die Unterstützung des CDU-Abgeordneten Vogel kann die Dämmstoffindustrie dagegen weiter hoffen. Im September veröffentlichte dieser einen Beitrag in einer Publikation des Gesamtverbands Dämmstoffindustrie; die Überschrift lautete: „Dämmstoffindustrie – ein verlässlicher Partner der Klimaschutzpolitik“.

Was tun?

Umweltministerin Barbara Hendricks ist keine dogmatische Umweltschützerin. Sie fährt kein Elektroauto, ist gegen ein Tempolimit auf Fernstraßen und bekennt, dass sie „für den Klimaschutz nicht auf Lebensqualität verzichten würde“. Hendricks ist gelernte Finanzpolitikerin, der die Kommentare zum Umsatzsteuerrecht noch immer vertrauter sind als die Paragraphen der Verpackungsverordnung.

Am vergangenen Freitag sitzt Deutschlands oberste Energiesparpolitikerin im Restaurant des Berliner Reichstags. Vor ihr liegt das 60-seitige „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“, das sie diese Woche ins Kabinett bringt, ein politischer Erfolg. Sie kann Deutschlands Immobilienbesitzern rund 1,2 Milliarden Euro an Steuervorteilen und Zuschüssen versprechen, wenn sie Geld fürs Energiesparen ausgeben.

Natürlich hat Hendricks registriert, dass in der Bevölkerung der Widerstand gegen das Dämmen wächst. Sie kennt die Untersuchungen der Mietervereine, nach denen oft die Bezieher kleiner Einkommen die Lasten der Fassadenumhüllung tragen. Sie weiß um die ökologischen Probleme der Dämmplatten, und sie kennt die Berechnungen von Experten, nach denen sich der Plattenbau in einem Großteil der Fälle nicht rechnet. „Die Fassadendämmung

lohnt sich manchmal“, sagt sie, „aber nicht immer.“

Doch politische Konsequenzen will die Ressortchefin nicht ziehen. An der Kampagne von Industrie und Dena, nach der sich „Dämmmaßnahmen in kurzer Zeit energetisch amortisieren“, hat sie nichts auszusetzen.

An den einschlägigen Vorschriften will sie nichts ändern. Die Umweltministerin weiß, dass eine Große Koalition so gut wie jeden Bürgerprotest aussitzen kann, wenn Union und SPD nur fest genug zusammenhalten. Die Zahl der Kritiker ist überschaubar. Allenfalls der SPD-Bauexperte Michael Groß spricht aus, was viele Bürger denken. „Wir müssen diskutieren“, sagt er, „ob wir in den entsprechenden Verordnungen die heute vorge-sehene Pflicht zur Fassadendämmung nicht entschärfen.“

Geht es nach Fachleuten, sollte die Regierung Kosten und Nutzen der Maßnahmen endlich realistisch bewerten. Sie müsste die praxisferne Vorschrift kippen, wonach Hauseigentümer schon bei normalen Reparaturen am Außenputz zum Dämmen verpflichtet sind.

Sie müsste dafür sorgen, dass alle Energieberater in der Republik auch wirklich Energieberater sind – und nicht etwa Stuckateure und Fassadenbauer auf der Suche nach einem neuen Kunden, wie es heute mitunter der Fall ist. Und sie sollte in Werbekampagnen nicht länger gemeinsame Sache mit der Dämmstoffindustrie machen, die ihre Preise in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert hat. Das Bundeskartellamt vermutet, dass es sich dabei sogar um illegale Preisabsprachen handeln könnte – und hat gegen 20 Firmen bereits Ermittlungen eingeleitet.

Eine nüchterne Betrachtung der Vor- und Nachteile aller Energiesparmaßnahmen würde der Energiewende nützen, weil sie deren Akzeptanz bei Mietern und Hausbesitzern erhöht. Die Deutschen wollen den Klimaschutz, aber sie wollen ihn mit Sinn und Verstand, und sie wollen nicht von der Politik zu ihrem Glück gezwungen werden.

So wenig wie Umweltministerin Hendricks, als sie vor ein paar Jahren darüber nachdachte, ihr Privathaus im niederrheinischen Kleve energietechnisch aufzurüsten. Sie ließ eine neue Heizung einbauen und das Dach abdichten; die Außenwände aber rührte sie nicht an. Sie hatte offenbar genau nachgerechnet. Und sie wollte ihre schöne weiße Klinkerwand erhalten.

Sven Becker, Alexander Neubacher, Ann-Kathrin Nezik, Güven Purtul, Michael Sauga



Video: Dämmstreit im Kiez

spiegel.de/sp492014daemmen oder in der App DER SPIEGEL